

Haushaltsrede zum Haushalt 2007

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren aus dem Kreishaus,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde aus der Fraktion,

meine Haushaltsrede möchte ich mit drei Dankesworten beginnen. Den ersten Dank möchte ich an den Landrat Herrn Dr. Gericke aussprechen. Sie haben uns einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der erstmals seit geraumer Zeit wieder Spielraum für die Gestaltung eröffnete. Wir mussten uns also nicht um Unmögliches streiten, sondern konnten das Mögliche gestalten. Dafür ganz herzlichen Dank.

Dank aber nicht nur an den Landrat, sondern Dank möchte ich an dieser Stelle auch an die Verwaltung und hier insbesondere den Kämmerer Herrn Dr. Funke aussprechen. Es ist richtig, die wirtschaftliche Situation entspannt sich, die Zuweisungen aus Düsseldorf steigen, die Städte und Gemeinden des Kreises erfahren in ihren Haushalten eine Entlastung. Deutliches Indiz ist die Entwicklung der Steuerkraft-Messzahl. Die Tendenzen sind positiv.

Natürlich könnte jetzt jeder sofort Begehrlichkeiten entwickeln und wie die vielen Anträge und Diskussionen in den letzten Wochen zeigten, war das ja auch der Fall. In Ihrem Haushaltsentwurf, Herr Dr. Funke, haben Sie aber weiterhin das Prinzip der Sparsamkeit und des ordentlichen Umgangs mit öffentlichen Geldern walten lassen. Dafür ganz herzlichen Dank.

Und selbstverständlich versteht es sich, dass man am Anfang einer solchen Haushaltsrede seiner eigenen Fraktion und den vielen Parteimitgliedern für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit bei den Beratungen zu diesem Haushalt dankt.

Herr Landrat, Sie haben den Haushalt unter das Motto: „Entlasten – Vorsorgen – Zukunft gestalten“ gestellt. Ich möchte mir erlauben, heute eine etwas andere Überschrift zu wählen, da natürlich die Spielräume insgesamt zwar da sind, aber nicht so gigantisch, dass schon alle Probleme gelöst sind. Insofern erlauben Sie mir bitte die Überschrift: „Haushalt 2007: Verantwortung im Spannungsfeld der Gegenwart“. Verantwortliches Handeln ist das, was diesen Haushalt auszeichnet.

Was heißt nun Verantwortung zu tragen bzw. einen verantwortungsgerechten Haushalt aufzustellen. Verantwortung tragen heißt, zunächst einmal die Vergangenheit im Auge behalten, dann das Heute richtig abzubilden und aus den sich daraus ergebenden Möglichkeiten die Zukunft zu gestalten. Das verstehen wir unter nachhaltigem Verhalten. Wenn der Begriff der Nachhaltigkeit in meiner Rede etwas öfter vorkommt, dann liegt das daran, dass wir als Politiker gerade jetzt gefragt sind die Weichen für eine langfristig richtige Gestaltung zu stellen.

Viele verwenden den Begriff der Nachhaltigkeit, ohne zu wissen was dieser eigentlich bedeutet. Kurz zur Erläuterung: Der Begriff Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und sagt aus, dass in einem Wald nicht mehr Bäume gefällt werden dürfen, als nachwachsen können ohne den Bestand des Waldes als solchen

zu gefährden. Hier haben die Forstwirte das gleiche Problem wie wir, wenn wir haushaltspolitisch gefragt sind.

Insofern lassen Sie uns doch nun einmal in die Vergangenheit schauen: Wenn wir das machen, dann müssen wir doch wohl klar und deutlich erkennen, dass sich in der Zeit von 2000 bis heute der Schuldenstand des Kreises erheblich erhöht hat. Die Gründe dafür waren auf der einen Seite Strukturreformen, auf der anderen Seite aber vor allen Dingen eine dahinsiechende Wirtschaft, die den Steuertopf nicht mehr so gefüllt hat, wie wir es in Vorzeiten gewohnt waren. Die Kreise und Kommunen konnten sich nicht mehr finanzieren und ihnen blieb nichts anderes übrig, als zusätzliche Schulden zu machen. Bereits im letzten Jahr ist es uns gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Umso mehr freut es uns, dass dieser Haushalt bereits im Entwurf einen Schuldenabbau vorsah. Auch wenn die Rückführung der Schulden um 1 Mio. Euro zunächst nur ein erster Schritt ist, so ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

An dieser Stelle muss ich klar und deutlich mein Wort an die Kollegen von der SPD richten. Ich halte es schlicht und einfach für unredlich, wenn der Kollege Juli in seinem Antrag zur weiteren Senkung der Kreisumlage die Begründung anführt, dass die Städte und Gemeinden in schwierigen Zeiten nicht über eine erhöhte Kreisumlage zur Schuldentilgung des Kreises herangezogen werden dürfen. Zunächst einmal gibt es keine erhöhte Kreisumlage, Herr Kollege. Es gibt eine gesenkte Kreisumlage. Unredlich ist, wenn man in der öffentlichen Diskussion ähnliches behauptet. Wir reden doch bisher immer vom Umlagesatz.

Natürlich wissen auch wir, dass sich die Nominalbeträge der Kreisumlage für die Gemeinden erhöht haben. Deren Zuweisungen sind aber auch gestiegen. Und natürlich ist uns auch klar, dass die Umlagebeträge noch weiter hätten gesenkt werden können. Aber das wäre doch wohl deutlich zulasten einer Nachhaltigkeit gegangen. Daneben fragen wir uns, ob das populistische Ziel, auf sich aufmerksam zu machen, an dieser Stelle wirklich begründet ist.

Niemand anders als die Bürgermeister des Kreises können besser darauf aufmerksam machen, dass sie jeden verfügbaren Cent für ihren eigenen Haushalt benötigen. Und da haben sie auch durchaus Recht. Wir als Kreispolitiker aber sind dafür verantwortlich, dass auch an den Kreishaushalt und an die Kreisschulden gedacht wird. Den Kollegen von der SPD scheint nicht klar zu sein, dass der Kreis jährlich 1,7 Mio. Euro an Zinslasten trägt. Das macht durchschnittlich je Gemeinde 130.000 Euro Kreisumlage aus, die nur für Zinsen gezahlt werden. Davon kann man schon das eine oder andere Schwimmbad etwas länger heizen oder noch besser, die eine oder andere Grundschule sanieren. Schuldenabbau heißt Eintreten für nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten. Schuldenerhalt und –aufbau heißt die Unfähigkeit den Alltag zu gestalten auf die nächste Generation zu transferieren. Und ich möchte an dieser Stelle nur einmal kurz daran erinnern, dass wir immer noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von, jetzt nach dem beschlossenen Schuldenabbau, 128,17 Euro pro Bürger im Landkreis Warendorf im Kreishaushalt mit tragen. Solange wir solche Lasten verantworten, werden wir als Kreis immer über das erforderliche Maß hinaus auf den Städten und Gemeinden lasten.

Wir als FDP jedenfalls sind entschieden für den Schuldenabbau eingetreten und freuen uns, dass dieser in der Form von 1. Mio. Euro realisiert wird. Wir wissen auch,

dass an dem Ziel des weiteren Schuldenabbaus dringend gearbeitet werden muss und insofern sind wir ganz besonders froh darüber, dass der Finanzausschuss die Haushaltssatzung dahingehend ändert, dass der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden können, von 15 auf 10 Mio. Euro reduziert wird. Das verlangt zwar vom Kämmerer noch mehr Fingerspitzengefühl, aber wir sind uns sicher, dass Herr Dr. Funke dieser Aufgabe gerecht wird und damit auch sämtliche liquiden Mittel eingesetzt werden, um eine höhere Verschuldung zu vermeiden. Wir müssen dafür eintreten, dass unsere Kinder schuldenfreie Perspektiven entwickeln können. Sonst werden wir langfristig auch mit der demographischen Entwicklung des Kreises nicht zurecht kommen.

Wenn ich davon spreche, dass dieser Haushalt verantwortungsbewusst aufgestellt ist, dann muss er auch der heutigen Ist-Situation gerecht werden. Hier muss man einerseits die hoheitlichen Aufgaben sehen. Daran können wir kaum etwas ändern. Daneben sehen wir andererseits die Verwaltung und die befindet sich in einem sehr guten Zustand. Die Gemeinde-Prüfungsanstalt hat dieses soeben in ihrem Bericht bestätigt. Natürlich gibt es hier und da noch einige Verbesserungsmöglichkeiten, die uns in den Ausschüssen beschäftigen werden, aber die Grundstrukturen sind hervorragend. Erlauben Sie mir, Herr Dr. Gericke, an dieser Stelle auch zu betonen, dass dieses - noch - nicht auf Ihr Konto geht. Hier hat Ihr Vorgänger Ihnen ein gut bestelltes Feld hinterlassen und Sie stehen nun einer Mannschaft vor, die in der Lage ist, ihre Aufgaben äußerst effizient zu meistern. Und das muss auch so bleiben.

Dieser Haushalt, der unter Ihrer Hoheit erstellt wurde, Herr Landrat, zeigt, dass Kontinuität walten soll, und das ist gut so. Da wir dieses bei Ihnen sichergestellt sahen, haben wir Ihnen im Wahlkampf auch unsere Unterstützung zukommen lassen. Nur durch nachhaltige Sparsamkeit und ordentlichen Umgang mit den Kreisfinanzen ist es möglich, Spielräume zu eröffnen, in denen gestaltet werden kann. Und so sehen wir uns auch bestätigt, dass unseren Anregungen, im Bereich des Forderungsmanagements eine Verbesserung zu realisieren, gefolgt wurde. Wir müssen jeden Cent und jeden Euro, der dem Kreis zusteht, diesem auch zufließen lassen. Damit das zukünftig ein wenig verursachungsgerechter vonstatten gehen kann, haben wir nunmehr das NKF und damit eine höhere Transparenz in den Leistungen und entsprechenden Kosten, die der Kreis erbringt. Ich persönlich erlaube mir an dieser Stelle ein großes Lob auf die nunmehr gewonnene Transparenz. Sicherlich kann man das Gesamtwerk erst dann würdigen, wenn sämtliche Zahlen, also auch sämtliche Aktiva- und Passiva-Positionen inklusive ihrer Bewertung, vorliegen, aber die Übersichtlichkeit ist deutlich gestiegen.

Das führt natürlich auch zu einer solchen Übersichtlichkeit, wie ich sie im Produkt 20230 Bußgeldstelle gefunden habe. Wenn ich dort lese, dass ein Anstieg von 25.000 Euro aus den Kontrollen der Kreispolizeibehörde erwartet wird, dann läuft es mir natürlich kalt den Rücken herunter. Verkehrskontrollen sind zur Verkehrssicherheit und nicht zur Haushaltssicherheit da. Das ist wirklich der einzige Kritikpunkt, den ich so offen stehen lassen möchte.

Unter diesen Prämissen haben Sie, Herr Landrat, gemeinsam mit dem Kämmerer den Haushalt aufgestellt. Und nun zeigt uns, dass die Restrukturierung der RVM schneller und besser voranschreitet als erwartet. Hier hat der öffentliche Druck vielleicht auch geholfen. Unter Restrukturierungsdruck hat sich die RVM also wirtschaftlich besser entwickelt, als erwartet. Wir alle wissen, dass gerade in diesem

Bereich eine Fülle von politischen Aufgaben noch vor uns liegt. An dieser Stelle möchte ich gerne auf das Petitionsbegehren der SPD zur Änderung der Gemeinde-/Kreisordnung zu sprechen kommen, auch wenn eine solche Würdigung das Schriftstück nach unserem Dafürhalten deutlich überbewertet. Ihre Forderung, das Tätigkeitsfeld der kommunalen Unternehmen zu erhalten oder gar auszuweiten, entspricht einer Denkweise, die wir in vielen Diskussionen bereits vernommen haben. So denke ich an ihre vielen Stellungnahmen zur Restrukturierung der RVM im Sommer 2005. Da klang doch vor allem die Sorge vor einer Sanierung und vor allem vor dem Antasten der tariflichen Entlohnung durch. Glücklicherweise wurde aber eine Stärkung des Mittelstandes erreicht und vor allem dadurch der Strukturwandel positiv gefördert. Da stellt sich höchstens die Frage, warum die Fahrer bei der RVM immer noch besser bezahlt werden als die Fahrer bei Bils in Albersloh, wobei beide Firmen tarifgebunden zahlen. Fazit ist aber, dass durch den verstärkten Einsatz der mittelständischen Privatwirtschaft eine wirtschaftlichere Entwicklung stattfinden konnte, als erwartet. Und deshalb braucht der Kreis nicht mehr soviel zur RVM zu zuschießen.

Tatsache ist heute, dass deshalb dem Kreis unerwartet 750.000 Euro zugeflossen sind. Und Tatsache ist auch, dass Sie, Herr Landrat, so fair waren, dieses Geld der politischen Diskussion anheim zu stellen, und deswegen freuen wir uns, dass wir hier im Kreise weitgehend einig sind, einen großen Teil dieses Geldes an die Städte und Gemeinden fließen zu lassen. Die weitere Senkung der Kreisumlage um 0,2 % bringt insgesamt die Kreisumlage bis auf 0,2 % auf das Niveau, das die Bürgermeister in ihrem Schreiben verlangten. Insofern wird sehr wohl Rücksicht genommen auf die Situation in den Städten und Gemeinden des Kreises, Herr Kollege Juli. Dieser Tatsache sind sich alle hier vertretenen Parteien bewusst. Der Spielraum, der da war, ist zu zwei Dritteln an die Städte und Gemeinden weitergegeben worden.

Die Vergangenheit würdigend und in der Gegenwart Fortführung zu zeigen, lässt daneben die Möglichkeit, die Zukunft zu gestalten, so wie Sie, Herr Landrat, es in Ihrer Einbringungsrede ja auch überschrieben haben. Die Zukunft gestalten heißt, für uns auch dem demographischen Wandel zu begegnen. Um auf die Situation im Bereich der Altenpflege aufmerksam zu machen, hat unser Landtagsabgeordneter Stefan Romberg und einige Mitglieder unserer Fraktion im vergangenen Jahr bereits einiges an Öffentlichkeitsarbeit unternommen. Und so begrüßen wir den Antrag der CDU, eine Stelle für eine Altenpflegekraft zur Unterstützung der Heimaufsicht einzurichten. So freuen wir uns auch, dass ergänzt beschlossen wurde für die Heimaufsicht einen Qualitätsbericht zu erstellen. Dadurch wird die Situation in den Heimen öffentlich und sichert eine qualitativ hochwertige Betreuung alter Menschen. Man muss hier im Kreise auch würdig alt werden können. Daran muss weiter gearbeitet werden und dafür wird sich unsere Fraktion auch weiterhin einsetzen.

Aber auch die anderen Ansätze im Kreis unter dem Motto: „Ambulant vor stationär“ werden von uns ausdrücklich begrüßt. Sie setzen Mittel frei, die dann wieder zur qualitativen Verbesserung der gesamten Altenpflege eingesetzt werden können. Auch den Antrag zur Schuldnerberatung unterstützen wir und sehen, dass in den kritischen Zeiten, wo die Lebenshaltungskosten steigen und der Staat sich immer weiter sanieren muss, andererseits die Einkommen nicht in dem Maße mitsteigen können, damit überhaupt noch Beschäftigung da bleibt, das eine oder andere Schicksal uns ereilt. Hier darf es nicht dazu kommen, dass Menschen, die dann in eine Schuldenfalle geraten sind, über mehrere Monate warten müssen bis Ihnen eine

vernünftige Beratung zukommt. Insofern haben wir auch diesem Antrag gerne zugestimmt.

Es wird viele wundern, dass die FDP-Fraktion den Radwegebau unterstützt. Wir unterstützen dabei ausdrücklich den innovativen Radwegebau, wo sich die fordernden Bürger selbst mit engagieren und selbst mit einsetzen.

Eigenengagement, das ist es, was wir benötigen. Wir benötigen eben nicht „Staat vor Privat“, meine Damen und Herren von der SPD.

Zukunft gestalten heißt aber auch, in vorhandene Infrastruktur zu investieren, damit diese in Zukunft noch zur Verfügung steht. Und da fallen die Investitionsmaßnahmen für das laufende Jahr doch relativ dürrig aus. Wenn aber die Verwaltung sagt, dass in diesem Jahr ohnehin keine weiteren Zuwendungen vom Land oder Bund zu erwarten sind, diese aber ab 2008 wieder fließen und sich dort auch in den entsprechenden Investitionsplänen wieder finden, so ist auch das ein Schritt in die richtige Richtung. Hier bietet das NKF ja nunmehr die Möglichkeit, dass wir Abschreibungen und Investitionen gegeneinander stellen können. Und wenn die Abschreibungen höher sind als die Investitionen, dann bedeutet das einfach, dass Werte verzehrt werden. Genau das hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun.

Für die Zukunft noch mehr Spielräume zu generieren, gelingt aber nur, wenn wir dauerhafte und langfristige Beschäftigung im Kreis Warendorf generieren. Eine florierende Wirtschaft sorgt auch für florierende öffentliche Kassen. Und um die Wirtschaft voranzubringen, betreibt der Kreis Wirtschaftsförderung. Hier sind wir sehr glücklich, dass die Umgestaltung der GfW nunmehr auch denjenigen, die für die Veranstaltung am meisten bezahlen, eine entsprechende Mitsprache ermöglicht. Auch die GfW erfährt aus diesem vorliegenden Haushalt einen etwas höheren Zuschuss als ursprünglich angenommen. Wir werden im Aufsichtsrat nunmehr engagiert beobachten, ob dieses Geld auch eine effiziente Wirkung entfacht.

Ich gebe offen zu, dass dieses Thema auch in unserer Fraktion nicht immer ganz einheitlich gesehen wird. Wir sind eben eine demokratische Partei. Aber in einer Sache waren wir uns immer alle einig und zwar darin, dass wir eine effiziente Wirtschaftsförderung benötigen. Und hier, lieber Kollege Wiemann, möchte ich doch noch einmal auf den Antrag der FWG eingehen, die Anteile nicht zu übernehmen. Dieser Antrag hatte nämlich etwas Unredliches.

Vergegenwärtigen wir uns doch einmal ganz kurz die Situation, in der wir uns bewegten. Einer der Gesellschafter der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung kündigt seinen Anteil. Welche Möglichkeiten hat die verbleibende Gesellschaft? Sie alle in Ihrer Fraktion, Herr Wiemann, wissen ganz genau, dass man entweder die Anteile einzieht, was wahrscheinlich dazu geführt hätte, dass die verbliebenen Sparkassen aufgeschreckt gewesen wären und ebenso das Weite gesucht hätten. Die zweite Alternative hätte darin bestanden, andere Gesellschafter zu finden wie Banken oder Gemeinden. Bei den Gemeinden hätten alle Bürgermeister des Kreises zustimmen müssen und bei deren gegenwärtigen Haushaltslage hätten sich die meisten der Bürgermeister nicht noch einen Kostenträger auflasten können. Insofern war auch diese Alternative von vorneherein nicht gangbar. Eine Bank hätte dieses nur tun können, wenn sie es als Werbe- und Marketingmaßnahme, was wir ja nun genau nicht wollen, betrieben hätte.

Die dritte Alternative hätte darin bestanden, Herr Wiemann, dass man die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung aufgekündigt hätte. Dann wäre aber die gesamte Wirtschaftsförderung wieder an den Kreis zurückgefallen und wir wären auch die Sparkassen los. Ich unterstelle Ihnen, Herr Wiemann, und Ihrer Partei, dass Sie vollständig gegen eine Wirtschaftsförderung sind, und das ist eben ein deutlicher Unterschied zu den anderen hier vertretenen Parteien.

Das wollen wir nicht! Wir sind froh darüber, dass diese Gesellschaft in der Form existiert und wir sind den Sparkassen dankbar für ihr Sponsoring in die Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf. Und jetzt sollten wir uns, weil wir die vierte Alternative gewählt haben und das war auch die einzig mögliche Weg, die Gesellschaftsanteile durch den Kreis zu übernehmen, darauf konzentrieren, dass wir möglichst effiziente Wirtschaftsförderung gestalten. Und da streiten wir auch gerne an der Seite des Kollegen Juli.

So langsam komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Wir als FDP-Fraktion werden uns weiter dafür einsetzen, dass im Kreis Schuldenabbau betrieben wird. Und auch an dieser Stelle fehlt uns vollständig das Verständnis für die Anliegen der Fraktion der freien Wähler. Wenn das in der Gesellschaft für Kulturförderung gebundene Vermögen nunmehr versilbert wird, um dann möglichst schnell über die Gemeinden verkonsumiert zu werden, dann ist das sicherlich ein Antrag, allerdings ein Antrag, der mit Nachhaltigkeit überhaupt nichts zu tun hat. Es ist eher ein Zeichen von überhitzter und unsortierter Gedankenaneinanderreihung, die leider jeder strategischen Nachhaltigkeit entbehrt. Ebenso sehen wir Ihren Antrag zur Erweiterung des Geschäftszweckes der GWK. Warum gerade Sie dann nach einer offiziellen Verlängerung der Schattenhaushalte rufen, bleibt dem normal veranlagten politischen Beobachter – dafür halten wir uns - verborgen. Gerade Sie wollen doch sonst so unmittelbaren Einfluss auf das Geschehen haben und gerade das wäre doch bei den geäußerten Absichten nicht der Fall.

Natürlich muss darüber nachgedacht werden, ob es strukturelle Möglichkeiten gibt, das dem Kreis zugängliche Vermögen so anzulegen, dass das Optimum zwischen Kulturförderung und Belastung der Städte und Gemeinden herauskommt. Aber wenn es eine Alternative zur Anlage von Kreisvermögen gibt, dann liegt diese ausschließlich im Schuldenabbau. Wer verlangt, dass solches Vermögen unmittelbar verfrühstückt wird, der muss sich auch vergegenwärtigen, dass das nur einmal geht. Hier hätten wir gerade Ihrer Fraktion, Herr Wiemann etwas mehr Fähigkeit zu differenzierteren Aussagen zugetraut. Aber so kann man sich täuschen.

Daneben möchte ich aber einmal etwas Grundsätzliches sagen. Und ich sage das in aller Deutlichkeit. Wer nicht bereit ist zu akzeptieren, dass man für die Kultur etwas tun muss, der wird von ihr auch nichts erhalten. Und eine Gesellschaft, die keine Kultur mehr erhält, ist eine Gesellschaft, die zerfällt. Insofern geht auch hier unser Appell an die Nachhaltigkeit zu glauben und an ihr zu arbeiten.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt, der Ansätze zu einer nachhaltigen Gestaltung im Rahmen seiner Möglichkeiten aufzeigt. Es ist ein Haushalt, der der Verantwortung im Spannungsfeld der Gegenwart gerecht wird. Diesem Haushalt wird meine Fraktion in der vorliegenden Form zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.